

Jugend & Demokratie

Zwischen Enttäuschung und Aufbruch

Was haben Pandemie, Regierungskrise und Ukraine-Konflikt mit dem Demokratieverständnis der Jugendlichen gemacht? Viele junge Menschen machen sich Sorgen – oder zumindest Gedanken – um ihre Zukunft. Einige engagieren sich daraufhin auch politisch, sie wollen was ändern. Demgegenüber stehen aber auch viele andere, die auf die tägliche Nachrichtenlage nur noch mit Zynismus, Gleichgültigkeit oder Teilnahmslosigkeit reagieren.



Wie kommen wir da wieder raus? Welche Gruppen von Jugendlichen haben wir auf dem Weg verloren? Und wie gelingt es Lehrkräften, sie wieder an Bord zu holen und das Vertrauen in die Demokratie zu stärken?

Zynismus, Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit

Jugendliche fühlen sich auch mit Staatsbürgerschaft oft vom politischen Diskurs ausgeschlossen. Selbst wenn sie wählen gehen und teilhaben dürften, fehlen gerade jungen Menschen aus benachteiligten Familien oft einfach die Zeit und die Ressourcen, um sich mit der Demokratie zu beschäftigen. Geschweige denn sich für Politik zu interessieren. Der Zweifel an der Demokratie und demokratischen Prozessen, ist in den letzten Jahren gewachsen. Das beobachtet auch Rebekka Dober. Sie ist Gründerin des Vereins Yep, der Jugendliche zur gesellschaftlichen Partizipation ermutigen will.

“Ich habe das Gefühl, wir leben gerade in einer Zeit der Demokratiekrise, weil junge Menschen spüren: Egal was ich mache, ich kann nichts verändern.” Rebekka Dober



Martina Zandonella, Senior Researcher am SORA Institut in Wien bestätigt, dass es sich hier tatsächlich um ein systemisches Versagen handelt:

Wir sprechen in der Forschung von der 2/3 Demokratie, wo sich das im Grunde „ökonomisch schlechteste Drittel“ irgendwann überhaupt nicht mehr beteiligen wird. Die Beteiligung wird immer weniger, und irgendwann hören sie auf, eben mit diesem Gefühl. Es bringt nichts. Sogar wenn ich dürfte, brauche ich meine Stimme nicht abgeben, weil es sowieso nirgendwo ankommt.

... letzten Endes führt ökonomische Ungleichheit zu politischer Ungleichheit. Und das ist etwas, was wir in einer Demokratie nicht haben wollen.

So führt der Umstand der sozialen Herkunft zu einem Ungleichgewicht bei der Teilhabe der Jugendlichen am politischen Geschehen. Der Vorwurf, die jungen Menschen

würden sich nicht für Politik interessieren, muss vielfach in die Frage umformuliert werden, warum sich so viele junge Menschen die Teilhabe am demokratischen Diskurs nicht leisten können.

Perspektive: Zukunft

Ilkim Erdost von der AK Wien warnt davor, die Wünsche oder Forderungen der jungen Generation auf die leichte Schulter zu nehmen:

“Gerade in der Pandemie hat man gemerkt, wie weit eigentlich Maßnahmen greifen können oder wie radikal Maßnahmen sein können. Und dass man trotzdem davor zurückschreckt, diese Radikalität bei jenen Zukunftsthemen anzuwenden, die junge Menschen betreffen.”

Jeder und jedem ist bewusst gewesen, dass gerade die derzeitige Generation junger Menschen mit besonderen Herausforderungen umzugehen hat. Pandemie, Klimakrise, soziale Unsicherheit, Krieg. Martina Zandonella vom Demokratie Monitor bei SORA weist aber auch noch darauf hin, dass man den jungen Menschen etwas anbieten muss: Perspektive.

“Das, was die jungen Leute am meisten kritisieren, ist die Kurzfristigkeit der Politik. Es ist extrem kurzfristig, es wird halt auf ein paar Jahre geschaut und nicht weiter. Es ist alles nicht ambitioniert und keiner weiß im Grunde, wohin es geht. Es ist immer irgendwie ein kleiner Schritt nach dem anderen. Das große Ziel kennt niemand.”

2

Demokratiekompetenzen stärken und fördern

Es gibt auch immer wieder Grund für Optimismus. Wir sehen eine Jugend, die sich vielfach online politisiert und organisiert und das auf die Straße trägt. Stichwort Fridays For Future, die Lobau-Tunnel-Besetzung oder die Black Lives Matter Proteste.

“Wie soll ich denn ein mündiger Bürger oder eine mündige Bürgerin sein, wenn ich durchs Schulsystem gehe und von Demokratie nur aus der Antike erfahre?”
Rebekka Dober

Ein Fach Politische Bildung würde dafür sorgen, dass die Vermittlung von Demokratieverständnis bei Jugendlichen nicht mehr davon abhängen würde, ob die jeweilige Lehrkraft engagiert ist oder nicht. Ganz vielen LehrerInnen ist die Vermittlung von Politischer Bildung ein großes Anliegen, aber für die Schülerinnen und Schüler ist es im Grunde dennoch ein Glücksspiel, ob sie ausreichend über Politik, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat lernen.



„Man muss jungen Menschen die Politik eben schon auch ein bisschen schmackhaft machen und so das Interesse wecken.“ Christoph Kornitzer

Peter Haselmayer hat gemeinsam mit Barbara Fross das Wahlpflichtfach **“Education for Future”** erfunden. Politische Bildung wird hier nicht als Querschnittsmaterie gesehen, die sich durch den Unterricht zieht, sondern *Education for Future* zieht das Prinzip vom Schulgebäude in den öffentlichen Raum bis - versinnbildlicht - an den Stadtrand von Wien. Die Schülerinnen und Schüler finden Spaß an politischer Debatte und beteiligen sich aktiv an den Diskursen der Stadt. Dieser offene und frische Zugang zur Debattenkultur am BG Fichtnergasse führt zu wechselseitig befruchtenden Diskussionen:

“Der Austausch über neue Trends mit Schülerinnen und Schülern ist ja auch eine sehr, sehr tolle Möglichkeit dazu.” Peter Haselmayer

Es geht vor allem um Kommunikation auf Augenhöhe, um das Anerkennen von Kompetenzen und darum, die Kinder ernst zu nehmen. Die Grundhaltung muss passen und es braucht Vertrauen. Dann kann man anhand des Themas Sprache auch gut das Miteinander in einer Klassengemeinschaft diskutieren.

„Ich muss Kindern beibringen, dass ihre Mehrsprachigkeit nicht das Problem ist, sondern dass sie jemanden ausschließen. Natürlich könnt ihr euch auf Türkisch unterhalten, auf Bosnisch unterhalten, aber um respektvoll miteinander umzugehen, wenn jemand neben euch sitzt und mit euch redet, dann kann das unhöflich sein. Nicht meine Sprache ist das Problem, sondern mein Verhalten. Das heißt, ich muss nicht direkt auf meine Sprache achten, sondern wie verhalte ich mich der gegenüberliegenden Person?“ Ali Dönmez

Richtig und Falsch?

3

Derzeit gibt es viele demokratiepolitische Baustellen. Es ist richtig, dass das Verhältnis der Jugend zur Politik von den zahlreichen Krisen der letzten Zeit gebeutelt ist. Es wäre aber falsch, den Missmut der Jugendlichen einfach zu ignorieren. Vielmehr braucht es Dialog zwischen den Generationen, einen Platz für Jugendliche auf der politischen Agenda und mehr Mitsprache. Politische Bildung kann das Problem nicht lösen, aber zumindest dazu beitragen, dass die Jugendlichen eine lautere Stimme bekommen und besser gehört werden.

Ambra Schuster im Gespräch mit:

- Rebekka Dober (Gründerin und CEO vom Verein YEP Austria)
- Ilkim Erdost (Leiterin Bereich Bildung, Wiener Arbeiterkammer)
- Peter Haselmayer (Lehrer am BG 13, Wien)
- Christoph Kornitzer (Schulsprecher der Berufsschule für Bürokaufleute und Landeskoordinator der BerufsschülerInnen-Vereinigung Wien)
- Martina Zandonella (Senior Researcher am SORA Institut in Wien)

Weiterführende Links

- [Demokratiebildung gegen antidemokratische Tendenzen](#) (Zentrum *polis*)

- [Politisch gebildet – aber wie?](#) (IzPB 50))
- [Österreichischer Demokratie Monitor](#) (SORA)
[Partizipation von Kindern und Jugendlichen](#) (*polis* aktuell 4/2021)
- [Demokratiebewusstsein stärken](#) (IzPB 44)
[Education for Future](#) (Instagram Account)
- [Jugend ohne Wahl - zwischen Politikverdrossenheit und Partizipation](#) (Folge 8 Richtig und Falsch)
- [Demokratie in der Schule - vom Lernen auf Augenhöhe](#) (Folge 6 Richtig und Falsch)

Alle Folgen finden Sie hier: www.politik-lernen.at/richtigundfalsch

Richtig und Falsch ist ein Kooperation von Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule, Demokratie21 und der Arbeiterkammer Wien.



Demokratie 21

